

Kreisstadt Steinfurt



Begründung

zur Satzung gem. § 35 (6) BauGB über die Zulässigkeit von Vorhaben im Bereich „Wilmsberg – südlich Haferkamp, Teil II“, Stadtteil Borghorst

Inhalt

1.	Gründe, Inhalt und Beschluss zur Aufstellung der Satzung	3
2.	Räumlicher Geltungsbereich	4
3.	Ziele der Raumordnung und Landesplanung	4
4.	Derzeitige und angrenzende Nutzungen und sonstige Planvorgaben	4
5.	Erschließung	5
6.	Ver- und Entsorgung	6
7.	Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen	6
8.	Immissionsschutz	7
9.	Flächen mit Bodenbelastungen	8
10.	Kampfmittel	8
11.	Bodenschutz	8
12.	Eingriff in Natur und Landschaft	9
13.	Umweltverträglichkeit	9
14.	FFH-Verträglichkeit	11

15. Denkmalschutz	11
16. Bodenordnung	12
Datum, Unterschrift, Anlagen	12

1. Gründe, Inhalt und Beschluss zur Aufstellung der Satzung

Entsprechend dem Bestreben der Stadt Steinfurt, mit Grund und Boden sparsam umzugehen, soll eine gewisse Verdichtung und Ergänzung der vorhandenen Bebauung im Bereich nördlich des Gewerbegebietes „Wilmsberg – Süd I ermöglicht werden. Hierzu soll für den im Außenbereich gelegenen Bereich westlich der Altenberger Straße (L 510) im Bereich der Bebauung Wilmsberg 33 und 34 eine weitere Satzung gem. § 35 (6) BauGB erlassen werden. Der geplante Satzungs-bereich schließt unmittelbar westlich an die am 28.09.2017 rechtsverbindlich gewordenen Satzung „Wilmsberg – südlich Haferkamp“ an und wird durch das bestehende Zweifamilienhaus Wilmsberg 34 auf dem Flurstück 104 im Westen begrenzt.

Diese Satzung bietet die Grundlage dafür, dass Vorhaben im Sinne des § 35 (2) BauGB nicht entgegen gehalten werden kann, dass sie einer Darstellung im Flächennutzungsplan über Flächen für die Landwirtschaft oder Wald widersprechen, oder die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen. Die Voraussetzungen für diese Satzung -bebaute Bereich im Außenbereich, der nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt ist und in dem eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist-, werden in der Gesamtbetrachtung mit der bereits rechtsverbindlichen Satzung von der hier bestehenden Siedlung erfüllt. Obwohl an den Bereich nördlich und östlich landwirtschaftliche Nutzflächen angrenzen, ist der Satzungs-bereich nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt.

Im künftigen Satzungs-bereich ist am westlichen Grenzbereich ein Zweifamilienhaus (Wilmsberg 34/34a) vorhanden. Östlich schließt sich unmittelbar der bereits erwähnte Bereich der rechtsverbindlichen Außenbereichssatzung an, in dem sich mehrere Wohngebäude (*12 Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser und ein bisher gewerblich genutztes Gebäude*) vorhanden. Sowohl im vorhandenen Satzungs-bereich, als auch auf den jetzt erweiterten Flächen ist und wird somit auf, für den Außenbereich typischen, relativ großen Grundstücken locker gebaut.

Durch den Erlass dieser Außenbereichssatzung soll das Nachsetzen von bis zu fünf Gebäuden ermöglicht werden. In der Satzung wird festgelegt, dass nur Einzelhäuser mit nicht mehr als zwei Wohn- bzw. Nutzungseinheiten errichtet werden dürfen. Zusammen mit den bestehenden Gebäuden wird zur Abrundung bzw. Lückenschließung städtebaulich die Errichtung von Wohnhäusern angestrebt und begründet. Dieses ist auch die Hauptintention des § 35 (6) BauGB. Dennoch soll neben dem Hauptziel der Errichtung von Wohnhäusern künftig auch die Errichtung von nicht störenden Handwerks- und Gewerbebetrieben zulässig sein, wobei der Übergang zu nicht störenden Gewerbebetrieben fließend und nicht eindeutig definiert ist. Auf die generelle Zulässigkeit von nicht störenden Gewerbebetrieben soll jedoch verzichtet werden, da diese grundsätzlich in den hierfür ausgewiesenen Gewerbegebieten angesiedelt werden sollen.

Der § 3 der Satzung beinhaltet nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit von Vorhaben. Hierdurch wird sichergestellt, dass sich die künftigen Gebäude in die vorhandene Umgebungsbebauung einfügen. Auch ist es das Bestreben der Stadt Steinfurt, die vorhandenen, aufgelockerten Baustrukturen im Satzungs-bereich fortzuführen. Entsprechend sind Baugrenzen festgesetzt, die keine allzu hohe Verdichtung des Satzungs-bereiches im Übergangsbereich zur freien Landschaft ermöglichen. Durch die Festsetzung von überbaubaren Grundstücksflächen durch

Baugrenzen, ergänzt durch die Regelungen zum Einfügen in die vorhandene Bebauung ist sichergestellt, dass sich die künftigen Gebäude in die vorhandenen Siedlungs- und Landschaftsstrukturen einfügen. Auf die Festsetzung von Grund- und Geschossflächenzahlen wird verzichtet.

Eine unzulässige Erweiterung des Siedlungsbereiches in den Außenbereich hinein erfolgt durch diese Satzung nicht, da der Abschluss der Bebauung durch das Gebäude Wilmsberg 34/34a vorgegeben ist.

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.02.2018 beschlossen, für den Bereich „Wilmsberg – südlich Haferkamp, Teil II“ eine Satzung gem. § 35 (6) BauGB zu erlassen.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der Außenbereichssatzung umfasst die Flurstücke 102 und 104, Flur 46, Gemarkung Borghorst.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von 4.340 m².

3. Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Der Regionalplan des Regierungsbezirks Münster „Teilabschnitt Münsterland“ stellt den Satzungsbereich als „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“, unmittelbar nördlich angrenzend an einen „Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung“ (*GIB*) dar. Das der Bereich bereits überwiegend mit Wohnhäusern bebaut ist, ist auch aus der Plangrundlage des Regionalplanes erkennbar.

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist das Satzungsgebiet als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt. Eine Änderung erfolgt nicht.

4. Derzeitige und angrenzende Nutzungen und sonstige Planvorgaben

Wie bereits unter Punkt 1 erwähnt, sind im bereits rechtsverbindlichen, östlich angrenzenden Satzungsgebiet bereits 12 Wohnhäuser und ein gewerblich genutztes Gebäude vorhanden. Am Westrand des jetzigen Satzungsgebietes ist ein Zweifamilienhaus vorhanden.

Insgesamt ist festzustellen, dass im Geltungsbereich der geplanten Außenbereichssatzung keine landwirtschaftliche Nutzung im klassischen Sinne nach § 201 BauGB mehr vorhanden ist. Somit ist sie auch nicht prägend. Das Flurstück 102 wurde als Weidefläche genutzt.

Östlich des jetzt geplanten Satzungsgebietes befindet sich zunächst der Bereich der bereits rechtsverbindlichen Außenbereichssatzung „Wilmsberg – südlich Haferkamp“. Unmittelbar daran östlich angrenzend verläuft die Altenberger Straße (L 510), von der auch die Erschließung erfolgt. Östlich und nördlich grenzen insgesamt gesehen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Südlich und westlich des Satzungsgebietes liegen die Bauflächen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 64 „Wilmsberg-Nord“ (*in der Örtlichkeit als Wilmsberg-Süd I bezeichnet*), auf denen in den Randbereichen nur nicht störende gewerbliche Nutzungen nach dem Abstandserlass von 1982 zulässig sind.

Sonstige für den Satzungsbereich zu beachtende Planungsvorgaben gibt es nicht.

Der Satzungsbereich weist keine besonderen naturräumlichen Gegebenheiten auf.

Besondere Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege liegen ebenfalls nicht vor.

Ebenso werden keine Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete etc. durch die Planung berührt.

Ein gültiger Landschaftsplan, bzw. ein entsprechender Entwurf wurde bislang von der zuständigen Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt für diesen Bereich nicht aufgestellt.

5. Erschließung

Die Erschließung des Satzungsbereiches ist vorhanden und erfolgt ausgehend von der Altenberger Straße (L 510) über den vorhandenen Wirtschaftsweg (früher Haferkamp). Über diesen Wirtschaftsweg sind auch noch weitere Gebäude außerhalb des Satzungsgebietes erschlossen. Unter anderem ist von hier aus der „Reiterhof Wilmsberg“ und eine weitere kleine landwirtschaftliche Hofstelle erreichbar. Weiter in den Außenbereich hinein führt der Weg (*Haferkamp*) nicht.

Auf der Altenberger Straße (L 510) verkehrt ein Linienbus. Eine Haltestelle befindet sich im Bereich des schräg gegenüber liegenden „Waldstadions“ des SV Wilmsberg.

Der Bahnhof Borghorst befindet sich in ca. 2.150 m (*Luftlinie*) Entfernung in nördlicher Richtung.

Innerhalb des Geltungsbereiches der Satzung liegen keine Straßenflächen. Bei der angrenzenden Verkehrsfläche handelt es sich somit um einen Wirtschaftsweg.

Die erforderlichen Stellplätze sind entsprechend der gesetzlichen Vorschriften auf den Grundstücken bereit zu stellen. Öffentliche Parkflächen innerhalb des Wirtschaftsweges sind auf Grund der vorhandenen Ausbaubreiten nicht vorgesehen. Jedoch soll versucht werden, im Bereich des zu verrohrenden Grabens vor den Grundstücken die Freiflächen so zu gestalten, dass dort auch Pkw abgestellt werden können.

6. Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgungsleitungen (*Strom, Wasser, Telefon, Abwasser*) sind auf Grund der vorhandenen Bebauung vorhanden. Die Leistungskapazität der bisher vorhandenen Leitungsnetze ist geeignet, die künftige zusätzliche Nutzung mit zu übernehmen.

Die Trinkwasserversorgung wird durch die Stadtwerke Steinfurt sichergestellt.

Das für die Löschwasserversorgung notwendige Wasser kann dem zentralen Trinkwasserversorgungsnetz entnommen werden.

Eine Gasversorgung ist derzeit nicht vorhanden. Nach Aussagen der Stadtwerke Steinfurt gibt es in dem Bereich aktuell keine Gasanschlüsse.

Die Versorgung mit Strom wird von der RWE Net AG oder gegebenenfalls einem anderen Stromanbieter gesichert.

Die fernmeldetechnische Versorgung erfolgt durch die Telekom Deutschland GmbH oder einen alternativen Anbieter und ist als gesichert zu betrachten.

Die Schmutzwasserableitung ist über die vorhandene Druckentwässerung gesichert. Die Ableitung des Regenwassers erfolgt über die vorhandene Regenwasserkanalisation. Der offene Wasserlauf vor den Grundstücken (WL 1290) soll entweder aufgegeben, oder verrohrt werden. Die Überprüfung läuft zurzeit. Das vorhandene Gebäude Wilmsberg 34 / 34a ist an die jeweiligen Entwässerungskanäle angeschlossen. Die neu zu errichtenden Gebäude sind ebenfalls daran anzuschließen.

Die Eigentümer haben auch die Möglichkeit zum Einbau von Zisternen zum Auffangen von Regenwasser zur Brauchwassernutzung und zur Gartenbewässerung. Deren Überläufe sind an das vorhandene Kanalnetz anzuschließen.

7. Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen

Kindergärten und alle Schulformen sowie Spiel- und Sportplätze sind im Stadtteil Borghorst bedarfsgerecht vorhanden.

In ca. 700 m Entfernung (*Luftlinie*) in nordwestlicher Richtung befindet sich am Sandweg ein Kindergarten.

Die Heinrich-Neuy-Schule (*Grundschule*) befindet sich in ca. 2.100 m Entfernung (*Luftlinie*) nordwestlich des Satzungsgebietes.

Die Nikomedes-Hauptschule liegt in ca. 2.700 m Entfernung (*Luftlinie*) in nördlicher Richtung, läuft jedoch im Jahr 2018 endgültig aus. Zum Schuljahr 2013 / 2014 wurden bereits keine neuen Schüler mehr aufgenommen. Eine weitere Hauptschule existiert im Stadtteil Borghorst nicht, wohl aber im Stadtteil Burgsteinfurt.

Die Realschule am Buchenberg befindet sich in einer Entfernung von ca. 3.600 m (*Luftlinie*) in nördlicher Richtung.

Das Städtische Gymnasium Borghorst liegt nördlich des Satzungsbereiches in ca. 2.950 m Entfernung (*Luftlinie*).

In etwa 2.900 m Entfernung (*Luftlinie*) in nördlicher Richtung an der Mauritiusstraße befindet sich das Krankenhaus UKM Marienhospital Steinfurt und daneben in ca. 3.100 m Entfernung (*Luftlinie*) zum Satzungsbereich ein Ärztehaus.

Im Stadtgebiet, sowohl im Stadtteil Borghorst als auch im Stadtteil Burgsteinfurt, sind nahezu alle weiteren Fachärzte ansässig.

Im Satzungsbereich ist kein Kinderspielplatz geplant und wegen der Grundstücksgrößen auch nicht erforderlich. Der nächstgelegene Kinderspielplatz mit angeglieder-tem Bolzplatz befindet sich in ca. 700 m Entfernung (*Luftlinie*) an der Münsterstiege.

Sport- und Bolzplätze sowie Ballspielflächen sind bei allen Schulflächen und darüber hinaus im Bereich des Hermann-Fründt-Stadions (*nördliche Richtung, ca. 2.150 m Luftlinie entfernt*) vorzufinden. Ein weiterer Sportplatz befindet sich in ca. 1.250 m Entfernung (*Luftlinie*) in nordwestlicher Richtung angrenzend an die Fläche der Michael-Ende-Schule an der Gantenstraße / Sandweg. Unmittelbar nordöstlich an den östlich anschließenden rechtsverbindlichen Satzungsbereich befindet sich auf der östlichen Seite der Altenberger Straße (L 510) das Waldstadion des SV Wilmsberg.

Das Borghorster Kombi-Bad (*Frei- und Hallenbad*) liegt in ca. 2.300 m Entfernung (*Luftlinie*) in nördlicher Richtung, unmittelbar neben dem Hermann-Fründt-Stadion. Hier befindet sich auch ein Sport- und Fitnesscenter.

8. Immissionsschutz

Nordöstlich angrenzend an den rechtsverbindlichen Satzungsbereich verläuft die Altenberger Straße (L 510), von der Lärm- und Staubemissionen ausgehen, die auf den Satzungsbereich einwirken können. Zum aktuellen Satzungsbereich ist ein Abstand von ca. 150 m, zur südwestlich gelegen B 54 ein Abstand von ca. 250 m vorhanden. Auf Grund der bisherigen planungsrechtlichen Situation gelten künftig im Hinblick auf den vorhandenen Verkehrslärm im räumlichen Geltungsbereich der Satzung die Immissionsschutzwerte gemäß den Mischgebietswerten der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau- für Allgemeine Wohngebiete und Mischgebiete (*Außenbereich = MI*).

In einer Schalltechnischen Untersuchung, welche durch das Planungsbüro für Lärmschutz Altenberge GmbH, Sitz Senden, im Juni 2017 für den inzwischen rechtsverbindlichen Teil der Satzung erstellt wurde, wurden die Verkehrswerte der Zählung aus dem Jahr 2015 und die üblicherweise heran gezogenen Prognosewerte für das Jahr 2025 zugrunde gelegt.

Der Gutachter hat mit seinen Berechnungen festgestellt, dass im aktuellen Satzungsbereich die Immissionswerte nicht überschritten werden. Eine weitere Untersuchung wird als nicht erforderlich angesehen. Somit werden keine aktiven oder passiven Maßnahmen erforderlich, um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu wahren.

Hinsichtlich möglicher Geruchsbelastungen ist darauf zu verweisen, dass sich der Satzungsbereich im so genannten Außenbereich gemäß § 35 BauGB befindet. Im Außenbereich sind nach Prüfung der speziellen Randbedingungen des Einzelfalls gemäß der Geruchsimmissionsrichtlinie (*GIRL*) bis zu 0,25 Jahresgeruchsstunden zulässig. Da der Satzungsbereich nicht im unmittelbaren Einflussbereich einer landwirtschaftlichen Hofstelle oder eines Betriebes mit intensiver Tierhaltung liegt, ist davon auszugehen, dass die Orientierungswerte der GIRL eingehalten werden.

Andere Störungen oder Störeinflüsse, die auf das Satzungsgebiet einwirken können, sind auch aus dem südlich vorhandenen Gewerbegebiet nicht zu erwarten, zumal im unmittelbar betreffenden Bereich auch nur nicht störende Gewerbebetriebe zulässig sind.

9. Flächen mit Bodenbelastungen

Für den Geltungsbereich der Außenbereichssatzung und auch auf den daran anschließenden Flächen besteht nach hiesigem Kenntnisstand kein Altlastenverdacht.

10. Kampfmittel

Einwirkungen durch Kampfmittel auf das Satzungsgebiet sind nicht bekannt.

11. Bodenschutz

Gemäß § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen vor Inanspruchnahme von nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Flächen insbesondere zu prüfen, ob vorrangig eine Wiedernutzung von bereits versiegelten, sanierten, baulich veränderten oder bebauten Flächen möglich ist.

Ein relativ geringer Teil des aktuellen Satzungsgebietes und der östlich anschließende rechtsverbindliche Satzungsbereich werden bereits baulich genutzt und sind entsprechend versiegelt. Über Alles gesehen, handelt es sich um mehrere Wohnhäuser und ein gewerblich genutztes kleineres Gebäude. Die Wohnnutzung ist im Gesamtbereich jedoch bereits prägend. Nichts desto trotz können im Satzungsbereich noch ca. 5 Gebäude nachgesetzt werden, wodurch eine zusätzliche Flächenversiegelung entsteht. Dies wird jedoch durch die Festsetzung von

Baugrenzen und Vorgaben zur Gartengestaltung deutlich begrenzt. Zudem ist über die Satzung für künftige Bauvorhaben die Pflanzung von Ausgleichsmaßnahmen geregelt. Die mögliche Inanspruchnahme der bisher unversiegelten Fläche erscheint somit aus Sicht des Bodenschutzes vertretbar.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW befindet sich im Satzungsgebiet kein „besonders schützenswerter“ Boden. Da im Satzungsgebiet in großen Teilen der vorhandene Boden sowie die Umgebung bereits größtenteils versiegelt bzw. anthropogen überprägt ist, sind die Eigenschaften des grundsätzlich schutzwürdigen Bodens schon stark eingeschränkt. Damit ist das Maß der Schutzwürdigkeit als stark reduziert anzusehen.

12. Eingriff in Natur und Landschaft

Mit der Aufstellung der Außenbereichssatzung lassen sich auch Eingriffe in Natur und Landschaft als zulässig begründen. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist im jeweiligen konkreten Bauantragsverfahren abzuarbeiten.

Generell wird jedoch bestimmt, dass bei Bauvorhaben je angefangene 250 m² Grundstücksfläche ein hochstämmiger einheimischer Laubbaum (*auch Obstbäume*, $h = 3,00\text{ m}$) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten bzw. gegebenenfalls gleichwertig zu ersetzen ist. Die Gartenanlagen sind naturnah zu gestalten und mit einheimischen Sträuchern / Bäumen zu bepflanzen.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird durch die Aufstellung dieser Satzung nicht begründet. Eine Beeinträchtigung der in § 1 (6), Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter ist nicht erkennbar.

13. Umweltverträglichkeit

Ein Eingriff in Natur und Landschaft ist durch die Planung nicht auszuschließen. Erhebliche Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter sind jedoch nicht zu erwarten.

Artenschutzrechtliche Beurteilung:

Der § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) regelt u.a., dass es verboten ist, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Insofern ist bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft zu prüfen, ob gegen das vorhandene Verbot verstoßen wird.

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach der Vogelschutzrichtlinie (pla-

nungsrelevante Tierarten) vorzunehmen. In Steinfurt sind sowohl Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie, als auch nach der Vogelschutzrichtlinie anzutreffen. Dabei handelt es sich vorrangig um 15 verschiedene Fledermausarten. Diese sind: Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr, Breitflügelfledermaus, Fransenfledermaus, Große Bartfledermaus, Großer Abendsegler, Großes Mausohr, Kleine Bartfledermaus, Kleiner Abendsegler, Mopsfledermaus, Mückenfledermaus, Rauhautfledermaus, Wasserfledermaus, Teichfledermaus und Zwergfledermaus.

Von einem regelmäßigen Vorkommen der Arten Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr, Fransenfledermaus, Großes Mausohr, Kleiner Abendsegler, Mopsfledermaus, Rauhautfledermaus, Teichfledermaus und Wasserfledermaus ist nicht auszugehen, da diese Arten kleinteiligere und struktureichere Landschaftsteile bevorzugen, wie sie östlich der Altenberger Straße (L 510) zu finden sind.

Die im BNatSchG angesprochenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten sind für die vorgenannten Fledermausarten Waldgebiete sowie Alt- und Tothölzer. Dementsprechend sind die Quartiere für Fledermäuse in Steinfurt vor allem in den Waldbereichen des Bagno und des Buchenberges zu finden. Die beiden Ortslagen der Kreisstadt Steinfurt (*Burgsteinfurt und Borghorst*) haben hierfür eine untergeordnete Rolle. Bei dem Satzungsgebiet handelt es sich um eine Fläche in der Ortsrandlage, die jedoch zweiseitig in relativ geringem Abstand von bebauten Gewerbegrundstücken umschlossen ist. Der westliche Teil des Satzungsgebietes wird als Ziergarten genutzt in dem auch zwei ältere Bäume (Silber-Ahorn und Eisenholzbaum) vorhanden sind. Hier findet keine Veränderung statt.

Der Satzungsgebiet wurde durch Auswertung der vorhandenen Datenquellen und durch Ortsbegehungen auf das Vorkommen planungsrechtlich relevanter Tierarten untersucht.

Es wurde festgestellt, dass die Gebäude bewohnenden Fledermausarten Breitflügelfledermaus, Große Bartfledermaus, Kleine Bartfledermaus, Zwergfledermaus und Mückenfledermaus im Satzungsgebiet bzw. im östlich anschließenden rechtsverbindlichen Satzungsgebiet vorkommen könnten, aber durch die Planung nicht berührt werden.

Besondere, für Fledermäuse relevante Vernetzungsstrukturen oder Flugrouten sind im Satzungsgebiet nicht vorhanden.

Von den in den FIS-Unterlagen genannten planungsrelevanten 35 Vogelarten kann ein Vorkommen des größten Teiles der Arten auf Grund fehlender Strukturen ausgeschlossen werden. Lediglich der Gartenrotschwanz und der Feldsperling könnten als potentielle Brutvögel auftreten, auch wenn dieses als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt wird.

In der FIS-Liste sind noch zwei Amphibien und eine Reptilienart aufgeführt, deren Vorkommen jedoch wegen nicht vorhandener Gewässer im Satzungsgebiet und dessen Umfeld ausgeschlossen werden kann.

Als Maßnahmen zum Schutz der europäischen Vogelarten wird eine Festlegung des Zeitraumes zur Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeiten in der Zeit vom 01.08. bis zum 28.02. und der Ausschluss von Gehölzrodungen im Zeitraum vom 01.10. bis zum 28.02. erforderlich.

Bei Berücksichtigung und Umsetzung dieser Maßnahmen sind keine Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG zu erwarten.

Entsprechende Regelungen sind im Satzungstext enthalten.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass durch die Planung eine Beschädigung oder Zerstörung von Quartieren (*Fortpflanzungs- und Ruhestätten*) der in Steinfurt vorkommenden planungsrelevanten Tierarten nicht vorbereitet wird. Den Anforderungen des § 44 BNatSchG wird damit entsprochen.

Das Büro arbeitsgruppe raum & umwelt (*aru*), Münster, hat die erforderliche Artenschutzvorprüfung der Stufe I durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Bericht vom 12.04.2018 niedergelegt, sind als **Anlage** beigefügt und werden somit Bestandteil der Satzung und der Begründung.

14. FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (*DE-3810-302*) als Schutzgebiet nach der EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie (*Richtlinie 92 / 43 EWG des Rates vom 21. Mai 1992*) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno-See. Das Gebiet hat eine Größe von ca. 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (*DE-3910-301*) nachgemeldet (*31 ha*).

Weitere Bereiche auf dem Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich der geplanten Außenbereichssatzung und dem nördlich gelegenen Schutzgebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 3.800 m. Vorrangiges Ziel der Unterschutzstellung des Bereiches „Bagno mit Steinfurter Aa“ ist der Erhalt des vorhandenen „Waldmeister-Buchenwaldes“ und des „Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwaldes, sowie der Schutz der dort vorkommenden Fledermausarten und von Eisvogel- und Schwarzspechtvorkommen.

Auf Grund des sehr großen Abstandes des Satzungsgebietes zum FFH-Gebiet (*Umgebungsschutz des FFH-Gebietes*) ist angesichts der beabsichtigten Planung und in Anbetracht der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes auszugehen.

15. Denkmalschutz

Im Geltungsbereich der geplanten Satzung und in der näheren Umgebung sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden.

In die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragene Denkmäler befinden sich in einem Abstand von deutlich mehr als 400 Meter zum Geltungsbereich der Satzung.

Durch die Aufstellung der Außenbereichssatzung ist eine Beeinträchtigung von Baudenkmalern, auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen nicht zu erkennen.

Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

16. Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen im Sinne des § 45 BauGB sind nicht erforderlich.

Aufgestellt:

Steinfurt, 18. April 2018

Az.: III/61-26-09/S35.6-süHaf-II-Bo/wer

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Werning
-Sachbearbeiter Stadtplanung, Stadtteil Borghorst-

Anlage:

Artenschutzprüfung Stufe I, erstellt durch das Büro „arbeitsgruppe raum & umwelt“ (aru), Münster, vom 12.04.2018